

Große Kluft

Die Zeit 22.10.98

Über das schwierige Verhältnis von Medien und Politik

Hans Mathias Kepplinger wirft den Massenmedien vor, sie hätten der Politik ihre Regeln aufgezwungen und trügen somit die Hauptschuld an der sich ausbreitenden Politikverdrossenheit, die letztlich die Demokratie zu destabilisieren drohe.

Hans Mathias Kepplinger:
Die Demontage der
Politik in der
Informationsgesellschaft
Verlag Karl Alber, Freiburg 1998;
256 S., 59,- DM

Um seine These zu belegen, hat der Mainzer Publizistikwissenschaftler über die letzten 50 Jahre hinweg den Wandel der Politikberichterstattung in drei Zeitungen untersucht, der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *Welt*.

Kepplinger konstatiert eine große Kluft zwischen Realität und Mediendarstellung. Im Untersuchungszeitraum habe sich Deutschland „zu einem der wohlhabendsten Länder mit einzigartigen Entfaltungsmöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung“ und mit „einer außergewöhnlichen Stabilität der Regierungen“ entwickelt. Die untersuchten Zeitungen hätten demgegenüber immer häufiger über Probleme, immer seltener über Problemlösungen berichtet. Kepplinger zufolge nahmen die Berichte über „Bürger als Opfer von Problemen“ dramatisch zu, während sie als „Nutznießer von Leistungen“ sehr viel seltener dargestellt wurden.

Als besonders heikel betrachtet Kepplinger angesichts der Personalisierung der Berichterstattung die wertenden Aussagen über deutsche Politiker. Sie vermitteln „alles in allem ein verheerendes Bild von der politischen Führungselite“. Mehr als zwei Drittel der Wertungen in den untersuchten Blättern seien negativ, nur ein gutes Viertel sei positiv, der Rest ambivalent. Im Zeitverlauf hätten die negativen Aussagen zugenommen – die „Politiker erschienen immer eindeutiger als Personen, die aus verschiedensten Gründen kein Vertrauen verdienen“. Die Zeitungen neigten zudem dazu, Fehler und Verfehlungen von Politikern über den Einzelfall hinaus zu generalisieren.

Weil Sozialforscher inzwischen vergleichen können, wie sich öffentliche und öffentliche Meinung entwickeln, läßt sich relativ eindeutig zurückverfolgen, wie die Medien das Meinungsklima in der Bevölkerung beeinflussen. Die Welle der Negativaussagen über Politiker in den Medien sei, so Kepplinger, den negativen Meinungen vorausgelaufen, die sich in der Bevölkerung verfestigt hätten.

Und wie läßt sich die verzerrte Berichterstattung erklären? Kepplinger macht es sich nicht leicht. Angesichts der Seriosität der drei Blätter sei es unwahrscheinlich, daß sie „die tatsächliche Lage aus Sendungsbewußtsein, Systemverdrossenheit oder Sensationsbedürfnis immer negativer darstellten“. Auch der Generationswechsel im Journalismus könne allenfalls ein Scherlein zu der Entwicklung beigetragen haben. Die eigentlichen Ursa-

chen für die „publizistische Demontage der Politik“ liegen für Kepplinger woanders. Paradoxerweise sei sie sowohl Folge politischen Erfolgs als auch politischer Maßlosigkeit. Je mehr die Leistungskraft der Gesellschaft und des Staates gewachsen sei, desto mehr seien auch Mißstände problematisiert worden, die früher als unabänderlich galten. Obendrein sei eine „Professionalisierung der Klagen“ zu beobachten. Lobbyisten und PR-Strategen bedienten sich mit immer raffinierteren Methoden der Medien.

Kepplinger zeigt aber auch, wie sehr Medienpräsenz zur Erfolgsbedingung für Politiker geworden ist und wie sich deshalb das politische Geschäft gewandelt, sprich „mediatisiert“ hat. Am Beispiel des Bundestags kann er belegen, wie sich die Aktivität der Parlamentarier weg von der eigentlichen Gesetzgebungsarbeit in den öffentlichkeitswirksamen Bereich verlagert. Dramatisch zugenommen haben im Lauf der Jahre aufgrund erhoffter Medienresonanz parlamentarische Anfragen, öffentliche Anhörungen, Politikerstellungnahmen zu Stellungnahmen. So seien auch die Urheber negativer Aussagen über Politiker mehrheitlich die Politiker selbst. Gleichwohl seien es letztlich die Medien, die ihre Erfolgsbedingungen der Politik aufzwingen. Ihr Interesse an kurzzeitigen und möglichst spektakulären Aktivitäten überforme „die Rationalität politischen Handelns“ und unterwerfe „das Dargestellte den Bedürfnissen der Darstellung“.

STEPHAN RUSS-MOHL